

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am Donnerstag ist die dreitägige Debatte über den **Doppelhaushalt 2019/2020** im Bayerischen Landtag zu Ende gegangen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In der Wirtschaftspolitik, aber auch in anderen Bereichen verfolgt der Haushalt das politische Hauptanliegen der FREIEN WÄHLER – die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Besonders im Blick haben wir dabei den Wirtschafts- und Bildungsstandort Bayern. Einen Schwerpunkt setzen wir außerdem bei der Förderung von Familien, vor allem bei der Kostenfreiheit von Kindertageseinrichtungen. So haben wir einen staatlichen Kindergartenzuschuss in Höhe von monatlich 100 Euro durchgesetzt, der seit 1. April 2019 gezahlt wird. Damit fördern wir gezielt Bezieher niedriger, aber auch mittlerer und höherer Einkommen. Wenn andere das als Gießkannenprinzip herabwürdigen, dokumentiert es eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber der breiten Mitte der Gesellschaft! Uns ist wichtig, die Zukunftsfähigkeit des Freistaats sicherzustellen und das heißt vor allem auch: den Wirtschaftsstandort Bayern stärken. Der Freistaat kann nur Spitzenreiter in Deutschland bleiben, wenn er nachhaltig in die Wirtschaftsentwicklung, besonders in Zukunftstechnologien investiert. Der jetzt bewilligte Haushalt gibt unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Möglichkeit, schnell und flexibel auf Chancen und Herausforderungen zu reagieren. Mit dem Doppelhaushalt dokumentiert die Koalition außerdem eine solide Finanzpolitik: Die Schulden werden um eine Milliarde Euro reduziert.



Erreicht haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen außerdem:

- jährlich 500 Polizeistellen mehr
- 20 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder
- eine auskömmlichen Strabs-Kompensation für Bayerns Kommunen
- mehr Mittel für den Artenschutz

- eine zweckgebundene Verwendung der Audi-Strafzahlungen
- Zuschüsse für den Neubau der Synagoge Regensburg
- Die Förderung innovativer Technologien

R ü c k b l i c k

Wir erwarten von unserer Bayerischen Polizei ein Höchstmaß an Flexibilität und Leistung. Damit sie ihren vielfältigen Aufgaben sowie den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht werden kann und das bestehende Personal nicht über Gebühr und zulasten von Familien und Gesundheit beansprucht wird, **stocken wir die Polizei bis 2023 jährlich um 500 Einsatzkräfte auf**. Der Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2019/2020 wird entsprechend angepasst. Bis 2023 wird die Bayerische Polizei somit auf 45.000 Polizistinnen und Polizisten anwachsen – das ist der höchste Personalstand aller Zeiten.

Kräftig investieren wird Bayern künftig auch in die **Sanierung kommunaler Schwimmbäder**: 20 Millionen Euro werden dafür im Doppelhaushalt 2019/2020 eingestellt. Wir FREIE WÄHLER freuen uns sehr, dass damit eine unserer langjährigen Forderungen umgesetzt wird. Denn aktuell kann jeder zweite Schüler entweder gar nicht oder nicht gut schwimmen. Das können wir nur ändern, indem wir schulnahe Schwimmbäder als Unterrichtsstätten bewahren. Als Freistaat wollen wir Städte und Gemeinden nicht mit den erheblichen finanziellen Belastungen, die mit dem defizitären Betrieb eines Schwimmbades einhergehen, alleine lassen. Deshalb unterstützen wir künftig nicht allein die Sachaufwandsträger vor Ort. Vielmehr leisten wir einen weiteren Beitrag dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern lernen, gut zu schwimmen.

Vergangenes Jahr hatten wir FREIE WÄHLER die Straßenausbaubeiträge zu Fall gebracht. Als Teil der Staatsregierung halten wir nun unser Versprechen einer **auskömmlichen Gegenfinanzierung für Bayerns Kommunen**. Städte und Gemeinden erhalten noch in diesem Jahr Straßenausbaupauschalen in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro. Ab 2020 werden es jährlich insgesamt sogar 150 Millionen Euro sein. Zum Vergleich: Bayerische Gemeinden hatten eigenen Angaben zufolge in den vergangenen acht Jahren Beiträge von jährlich durchschnittlich rund 62 Millionen Euro erhoben. Folglich gibt es jetzt deutlich höhere staatliche Unterstützungsleistung. Auf unsere Initiative hin schafft die Staatsregierung außerdem einen Härtefallfonds im Umfang von 50 Millionen Euro für Bürgerinnen und Bürger, die Straßenausbaubeiträge bezahlt und dadurch eine

Härte erfahren haben. So nehmen wir dem Straßenausbau in Bayern endgültig den Schrecken. Wir FREIE WÄHLER haben stets nach dem Motto gehandelt: „Bürger entlasten – Kommunen nicht belasten“. Das lösen wir nun erneut ein.

Auch für den Artenschutz in Bayern nehmen wir FREIE WÄHLER viel Geld in die Hand. So **steigt das Ausgabevolumen im Umweltressort gegenüber 2018 um mehr als vier Prozent**. Das gibt uns unter anderem die Möglichkeit, den Hochwasserschutz deutlich auszubauen – insbesondere an der Donau. Daneben werden verschiedene Leuchtturmprojekte zum Artenschutz angestoßen sowie für einen kraftvollen Naturschutz in der Fläche die Naturparke um mehr als neun Millionen Euro gestärkt. Auch für die von den FREIEN WÄHLERN initiierte Landesagentur für Energie und Klimaschutz, das Bayerische Klimainformationssystem sowie die Wolfsprävention werden auskömmliche Mittel in den Haushalt eingestellt. Die schwarz-orange Koalition löst damit ein weiteres Wahlversprechen ein: Wir machen ökologische Politik für Bayern. Anderer Parteien bedarf es dafür nicht!

Außerdem haben wir am Rande der Haushaltsberatungen unsere Forderung bekräftigt, eine Landesstiftung für Umwelt, Klimaschutz und Artenvielfalt zu gründen. Diese soll sich aus den **Strafzahlungen des Autobauers Audi** an den Freistaat speisen – es geht um Mittel im Umfang von immerhin 800 Millionen Euro. Uns ist wichtig, dass die Gelder zweckgebunden verwendet werden und nicht sang- und klanglos im allgemeinen Staatshaushalt versickern. Sie wurden wegen umweltschädigender Vergehen fällig und sollten deswegen auch der Umwelt zugutekommen. Mit der Stiftung könnten wir auch zeigen, dass wir es ernst meinen mit mehr und konkretem Klimaschutz – nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im Geldbeutel des Freistaats.

Die Haushaltsberatungen haben wir FREIE WÄHLER zudem genutzt, um ein Zeichen gegen Antisemitismus und für Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Bayern zu setzen. **Mit einer Million Euro unterstützen wir den Neubau der Synagoge in Regensburg**. Die teilweise Übernahme der während des Baus entstandenen Mehrkosten ist ein wichtiges politisches Signal dafür, das wachsende jüdische Leben in Regensburg zu unterstützen und aktiv mitzugestalten. Zudem ist der Zuschuss ein weiterer Schritt im Prozess der Aufarbeitung und Wiedergutmachung geschehenen Unrechts. Die Reduzierung des Kostendefizits, die andernfalls die jüdische Gemeinde hätte tragen müssen, ist für uns FREIE WÄHLER Verpflichtung und innerstes Bedürfnis. Denn für uns steht fest: Das

Judentum war und ist integraler Bestandteil europäischer und deutscher Identität. Deswegen stellen wir uns entschieden an die Seite der Jüdinnen und Juden in Bayern und erklären nachdrücklich unsere Freundschaft und Verbundenheit.

Wichtig ist uns aber nicht nur eine auskömmliche Unterstützung von Kultur- und Bildungseinrichtungen. Auch die bayerische Wirtschaft haben wir bei unseren Haushaltsanträgen berücksichtigt. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf Zukunftstechnologien gelegt. Deren Auf- und Ausbau ist essentiell, damit sich der **Wirtschaftsstandort Bayern** weiter so erfolgreich auf dem globalen Markt durchsetzen kann und bayerische Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben. Gerade Investitionen in die Luft- und Raumfahrt-Branche sehen wir FREIE WÄHLER als dringend notwendig an. Globale Entwicklungen zeigen deutlich, dass sich insbesondere die Schwerpunkte in Produktion, aber auch in Forschung und Entwicklung immer mehr in den pazifischen Raum verlagern. Für Bayern bedeutet das, sich umgehend als eine der ideenreichsten und gleichzeitig produktivsten Wirtschaftsregionen in der Branche profilieren zu müssen, um die Attraktivität des Standortes für global agierende Luftfahrtkonzerne zu erhöhen. An dieser Stelle greift unsere **jüngst entwickelte Carbon-Strategie**, die den Kompetenzerhalt und -ausbau in der Region Augsburg durch Erforschung digital integrierter Produktionsabläufe für Verbundwerkstoffe in der Luft- und Raumfahrt zum Ziel hat. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat dafür eine Gesamtförderung dieses für die Branche unerlässlichen Projekts in Höhe von 20 Millionen Euro zugesagt. Innerhalb weniger Monate wurde so aus der Idee eine konkrete Finanzierungszusage – ein Paradebeispiel für erfolgreiche Wirtschaftspolitik und ein eindrücklicher Beweis, dass wir auch weiterhin unserem Credo folgen: „Wir reden nicht nur, wir handeln.“

Euer
Manfred Eibl

Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Presse

V.i.S.d.P.:
Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL
Am Lindberg 17
94157 Perlesreut
Telefon +49 8555 4058548
Handy +49 170 9524965
E-Mail kontakt@manfred-eibl.de

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Internetseite www.manfred-eibl.de

Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.EiblLW2018>